

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Zeiten neuer sozialräumlicher Disparitäten?

Perspektiven auf Zusammenhalt und »Soziale Orte«

MAIKE SIMMANK M.A.

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Seit März 2019 beschäftigt sie sich im Rahmen eines Transfervorhabens mit dem Konzept der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Unter dem Titel »Gleichwertigkeit – Mehr als eine gute Idee?!« entsteht eine Veranstaltungsreihe im ländlichen Raum Südniedersachsens, um vor Ort mit Bewohner/innen in den Dialog über lokale Lebensbedingungen zu treten und auf die Vielfalt ländlicher Räume hinzuweisen.

PROF. DR. BERTHOLD VOGEL

ist Geschäftsführender Direktor des SOFI und unterrichtet Soziologie an den Universitäten Kassel und St. Gallen (CH). Seine Forschungsschwerpunkte sind der Wandel der Arbeitswelt, die Gestaltung öffentlicher Güter und die Praxis des Rechts- und Sozialstaats.
<http://www.sofi-goettingen.de>

Die sozialräumliche Entwicklung in Deutschland weist zunehmende Disparitäten zwischen Stadt und Land sowie innerhalb ländlicher Räume und städtischer Quartiere auf. Das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse steht in Frage. Hier gilt es, Kontrapunkte zu setzen: Für die Herstellung von Gleichwertigkeit braucht es die Stärkung handlungsfähiger Kommunen in allen Regionen Deutschlands sowie eine Politik des Zusammenhalts, die den Dialog und das Zusammenwirken lokaler Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördert. Nicht die Abmoderation von Ansprüchen ist das politische Gebot der Stunde, sondern die Schaffung neuer sozialer Orte. Gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen Virtuosen sozialen Wandels und nicht Verwalter des regionalen Niedergangs.

Die Idylle des Landlebens bedeutet für viele Menschen ein Privileg: Ein freistehendes Haus, ein eigener Garten, Platz und Ruhe, die Abwesenheit von städtischem Stress und Verkehrslärm, Entschleunigung. Mit zunehmender Distanz zur Großstadt und ihrem »Speckgürtel« schwimmt dieses idealisierte Bild vom beschaulichen Leben im Dorf. Abwanderung, Leerstand und Tristesse prägen immer mehr Ortsbilder, kommunale Sparzwänge und Strukturabbau stehen häufig auf der Tagesordnung. Als Folge wirtschaftlicher, sozialer und demografischer Veränderungen, sind viele Kommunen, Gemeinden und Dörfer mit strukturellen Herausforderungen und Abwärtstrends konfrontiert. Dennoch: »Deutschland geht es im Durchschnitt gut«. So lautet das Ergebnis einer aktu-

ellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über das »Ungleiche Deutschland« (Fink et. al. 2019). Es besteht ein »gutes Mittelmaß«, das die beiden Extreme der Über- bzw. Unterdurchschnittlichkeit beinhaltet: Wo auf der einen Seite Exportanstiege, Beschäftigungsrekorde und Einkommenszunahmen ein positives Bild der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland bezeichnen, verdichten sich andererseits in vielen – ost- und westdeutschen – Regionen wirtschaftliche, soziale und demografische Schieflagen zu folgereichen Problemen. Während einzelne Städte boomen, drohen ganze Regionen langfristig abgehängt zu werden. Und nicht nur die Unterschiede zwischen Stadt und Land nehmen zu. Auch innerhalb des ländlichen Raums wächst die Ungleichheit

zwischen Kommunen, innerhalb von Städten nehmen (benachbarte) Quartiere konträre Entwicklungen.

Viele Dörfer und ganze Regionen sehen sich vor allem durch die negativen Folgen des demografischen Wandels in ihrem Fortbestehen als lebensfähige Orte gefährdet. Junge Leute lassen im Zuge von Binnenwanderung und Bildungsmigration ehemals vitale Dörfer mit stark schrumpfenden Einwohnerzahlen, den »alteingesessenen« Bewohner/innen und damit auch mit veränderten Versorgungsansprüchen zurück. Mehr als 13,5 Millionen der Deutschen leben in Regionen mit Strukturproblemen, die durch hohe kommunale Verschuldung, schwerwiegende Defizite in der örtlichen Infrastruktur, geringere Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven bis hin zu hoher Armutsgefährdung für Kinder und ältere Menschen gekennzeichnet sind (vgl. ebd., 14). Dieser Teufelskreis erzwingt Sparmaßnahmen, die vielerorts zum Verlust

Politik des räumlichen Ausgleichs konnten die ungleichen Entwicklungen im Land nicht abwenden. Eine entscheidende Voraussetzung sind starke und handlungsfähige Kommunen in allen Regionen Deutschlands. Für die Gestaltung des Konzepts Gleichwertiger Lebensverhältnisse braucht es eine Politik des Zusammenhalts (Kersten et. al 2019). Die Entwicklung ländlicher Räume findet inzwischen und ganz aktuell politisch mehr Aufmerksamkeit: Der jüngst vorgestellte Bericht der Kommission »Gleichwertiger Lebensverhältnisse«, die im Juli 2018 von der Bundesregierung eingesetzt wurde, beabsichtigt eine Neujustierung der Struktur- und Förderpolitik in Deutschland (BMI 2019). Ein gesamtdeutsches Fördersystem soll entwickelt werden, das strukturschwache Kommunen wirksam und passgenau stärkt. Die Dezentralisierung von Verwaltungen und Forschungszentren, die strukturierte Förderung des Ehrenamts sowie der Ausbau einer flä-

das Leben im »ruralen« Umfeld. Sozialräumliche Unterschiede sind Ausdruck der Vielfalt des Landes, dürfen bei der Entscheidung für einen Wohnort jedoch keine Benachteiligungen oder Teilhabeverluste bedeuten. Zu einem mitunter folgeschweren Nachteil kann exemplarisch das Fehlen von medizinischer und ärztlicher Versorgung in der Fläche führen. Der Beruf des Landarztes hat an Prestige verloren, immer mehr Ärzte auf dem Land finden keine Praxisnachfolge, Fach- und Hausärzte verschwinden aus der Fläche. Mögliche Lösungsansätze für diese Entwicklungen liegen in der Digitalisierung des Gesundheitswesens. Telemedizin und innovative Behandlungskonzepte, wie sie beispielsweise in ländlichen Gegenden der USA oder in Skandinavien längst Praxis sind, setzen ein stabiles Mobilfunknetz und schnelles Internet voraus – und zwar flächendeckend. Letzteres hat sich mittlerweile auch in der Landwirtschaft zu einer notwendigen Rahmenbedingung entwickelt, wo autonome und hocheffiziente landwirtschaftliche Fahrzeuge digital über Äcker und Felder gesteuert werden.

»Territoriale Unterschiede dürfen nicht zu territorialer Ungleichheit führen und auf diese Weise territoriale Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik begründen« (Kersten et. al. 2015). Ein flächendeckendes Netz öffentlicher Infrastruktur und bedarfsgerechter Daseinsvorsorge muss daher besonders über ländlichen Regionen gespannt sein. Sie sind Voraussetzungen für die freie Entfaltung aller Bürger/innen, unabhängig von ihrem Wohnort. Erst der allgemeine und freie Zugang zu guter öffentlicher Infrastruktur ermöglicht soziale Teilhabe für alle und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. Kersten et. al. 2019).

Dialog und Soziale Orte für den Zusammenhalt

Die Gewährleistung eines funktionsfähigen und gleichwertigen Versorgungssystems stellt eine dauerhafte Gemeinschaftsaufgabe für Bund, Länder, Kommunen und deren Schnittstellen dar. Auf lokaler Ebene werden Lebens- und Wohnräume in erster Linie im Zusammenwirken von (kommunaler) Verwaltung, (lokaler) Wirtschaft und Zivilgesellschaft gestaltet. Innerhalb dörflicher Strukturen fußen viele Leistungen der Daseinsvorsorge auf ehrenamtlichen Tätigkeiten und bürgerschaftlichem

»Nicht die Abmoderation von Ansprüchen ist das politische Gebot der Stunde, sondern die Schaffung neuer sozialer Orte.«

öffentlicher Begegnungsorte und zu Einbußen bei der Lebensqualität führen. Mit der Abwicklung und dem Abbau von lokalen Verwaltungseinrichtungen, Kreditinstituten, Schulen und Arztpraxen brechen zudem die lokalen Trägergruppen und Milieus des Engagements weg, die sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Regionen, Kleinstädte, Dörfer und Stadtquartiere verlieren ihre soziale Mitte (Vogel 2019). Dort, wo die kommunalen Haushalte überschuldet sind und die öffentlichen Infrastrukturen schon seit langem abstatt aufgebaut werden, kann staatliches Handeln nicht mehr gegensteuern. Diese Entwicklung hat riskante Folgen, denn dort, wo der Staat nicht handlungsfähig ist, nimmt das Vertrauen in Politik und Demokratie ab (vgl. Fink et. al. 2019, 14).

Gleichwertigkeit durch eine Politik des Zusammenhalts

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland? Wohl kaum. Wirtschaftswachstum und die bislang praktizierte

chendeckenden digitalen Infrastruktur sind Beispiele aus zwölf Themenfeldern, die Bund, Länder und Kommunen im Rahmen der »Daueraufgabe Gleichwertigkeit« in Angriff nehmen wollen. Diese Aufgaben, deren Umsetzung längst überfällig ist, sind zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung und können wichtige Weichenstellungen für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sein.

Infrastrukturen und Daseinsvorsorge als Garant sozialer Teilhabe

Das Angebot an sozialen und technischen, ökonomischen und ökologischen Infrastrukturen, die den Bürger/innen zur Verfügung stehen, kann als Indikator für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herangezogen werden. Dabei ist hervorzuheben, dass die Forderung nach »Gleichwertigkeit« keinesfalls eine Angleichung des ländlichen Raums an urbane Verhältnisse meint. Wer im Dorf wohnt, entscheidet sich in der Regel bewusst für

Engagement: Die Freiwilligen Feuerwehren, Kultur- und Sportvereine, die Kirchen sowie Initiativen, Verbände und Netzwerke fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt, stärken die Demokratie und tragen entscheidend zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei.

Gleichwertigkeit bedeutet auch, einen politischen und wissenschaftlichen Dialog auf Augenhöhe zu führen. Ein konstruktiver Austausch und die Vermittlung zwischen politischen bzw. wissenschaftlichen Debatten und lokalen Akteuren muss über Stadtgrenzen hinausgehen und fester Bestandteil innerhalb dörflicher Lebenswirklichkeiten sein. Am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) werden derzeit in mehre-

Gemeinwohl, sie repräsentieren Netzwerke und schaffen neue Formen der Beteiligung vor Ort. Damit festigen sie die lokale Demokratie und fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Was braucht es, damit Soziale Orte entstehen und stabilisiert werden können? Unabdingbar für Soziale Orte ist erstens das Vorhalten öffentlicher Infrastrukturen. Soziale Orte entwickeln sich nicht gegen oder ohne öffentliche Strukturen, sondern nur mit ihnen. Zweitens muss es die Möglichkeit geben, nicht nur ein Projekt zu installieren, sondern einen Prozess zu initiieren. Ein Wandel der Förderpolitik weg von der Projekt- hin zur Prozessförderung ist hier überfällig. Für die Initiierung und

»Gleichwertigkeit bedeutet auch, einen politischen und wissenschaftlichen Dialog auf Augenhöhe zu führen.«

ren Projekten neue Forschungsformate erprobt, die auf die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse abzielen. Im Rahmen eines Transfervorhabens¹ geht das Institut »aufs Land« und besucht Dörfer und Kleinstädte, um das Thema Gleichwertigkeit stark zu machen. Mit neuen Beteiligungsformaten und Dialogveranstaltungen, die vor Ort in Dorfgemeinschaftshäusern, Schulen oder Vereinsräumen stattfinden, werden Bewohner/innen als Expertinnen und Experten in Sachen Gleichwertigkeit angesprochen. Die Menschen vor Ort, ihre Sorgen und Ansprüche, ihre Skepsis und ihr Engagement werden Teil einer transparenten und nachvollziehbaren Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen. Dörfer und Kleinstädte erhalten neue Aufmerksamkeit.

In einem weiteren Projekt wird im Rahmen von Regionalstudien in Hessen und Thüringen ein Konzept Sozialer Orte (Kersten et. al. 2017)² entwickelt. Es richtet sich gegen die »Abwicklung« ländlicher Räume und reagiert auf die sozialstrukturelle und räumliche Spaltung unserer Gesellschaft. Soziale Orte sind ein Plädoyer für gleichwertige Lebensverhältnisse. Soziale Orte ermöglichen Öffentlichkeit und begründen

Stabilisierung Sozialer Orte sind drittens überdurchschnittlich engagierte und innovationsfähige Akteure erforderlich. Es braucht die richtigen Leute am richtigen Ort – die Virtuosen des Wandels. Zum Ehrenamt kann man niemanden zwingen, aber ermutigen! (Finanzielle) Unterstützung, Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur die Hände in den Schoß legen, brauchen Wertschätzung und Freiräume. Ein weiterer zentraler Punkt ist viertens die Offenheit in der Verwaltung für partizipative Prozesse und innovative Kooperationen. In der Entwicklung Sozialer Orte kann es zu Konflikten kommen, die keineswegs destruktiv sein müssen, sondern vielmehr produktive Effekte für die jeweiligen Orte und Regionen haben können. Hilfreich ist es, die Verwaltung als wichtigen Partner bei der Produktion von Zusammenhalt »auf dem Schirm« zu haben und ihre Rolle als demokratische Infrastruktur anzuerkennen. Schließlich benötigen Soziale Orte fünftens überregionale Aufmerksamkeit und Einbindung. Nur dann funktionieren sie und entwickeln sich nicht zu Repräsentanten für lokale Engstirnigkeit und Kirchturmpolitik. Soziale Orte sind netzwerkbedürftig und benötigen Anerkennung über den engeren lokalen Zusammenhang hinaus.

Anmerkungen

- (1) Weitere Informationen zum Projekt »Gleichwertigkeit – Mehr als eine gute Idee?!« unter: <http://www.sofi.uni-goettingen.de/projekte/gleichwertigkeit-mehr-als-eine-gute-idee/projektinhalt/>
- (2) Weitere Informationen zum Projekt »Das-Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt« unter: <http://www.sofi.uni-goettingen.de/de/projekte/das-soziale-orte-konzept-neue-infrastrukturen-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt/projektinhalt/>

Literatur



BMI – Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat / Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« (2019): Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«. Berlin: BMI.

Fink, Philipp / Hennicke, Martin / Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold (2019): Politik des Zusammenhalts: Über Demokratie und Bürokratie. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH.

Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold (2017): Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts. In: Umwelt und Planungsrecht, Heft 2/2017, 50-56.

Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold (2015): Der Wert gleicher Lebensverhältnisse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Vogel, Berthold (2019): Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Strukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Impulse Nr. 103, Gesundheit goes local. Gesundheit vor Ort neu denken, 6-7.